

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/120

Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 5

Die "Deutschen Wirtschafts Nachrichten (DWN) berichteten am 3. November 2015: >>Merkel total überfordert: Kanzlerin stürzt Deutschland ins Chaos

Angela Merkel schickt immer gespenstischere Botschaften in die Welt: Deutschland müsse seine Grenzen offen halten, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Damit schürt sie Panik und Angst. Die Idee, die Flüchtlinge in kollektive Abschiebe-Lager zu pferchen, ist Wahnsinn.

Politische Beobachter rätseln, was mit Angela Merkel los ist. Die Kanzlerin sei "überfordert" schreibt die Neue Zürcher Zeitung und spricht gar von der "Merkeldämmerung".

Tatsächlich werden die Botschaften der Kanzlerin immer wirrer: Zuerst öffnete sie die Grenzen für alle. Nachdem die Freiwilligen am Ende ihrer Kräfte waren, rief sie ihnen zu: Wir schaffen das! Schließlich bemühte sie den "Herrgott", der ihr das Problem auf den Tisch gelegt habe. Nun sagt sie: Wenn Deutschland seine Grenzen zu Österreich schließt, drohen militärische Auseinandersetzungen in Europa. ...

Die katastrophale Situation hat ihren Ursprung in der unverantwortlichen "Einladung" Merkmals an alle Flüchtlinge und Einwanderungswilligen. Sie hat diesen Menschen ein millionenfach über das Internet verbreitetes Versprechen gegeben – das sie natürlich nicht halten kann. Die Flüchtlinge haben, anders als die Mehrheit der Deutschen, den Versprechen der Kanzlerin Glauben geschenkt. Sie haben gehofft, daß sie es schaffen werden. Nun sitzen sie in der Falle – gemeinsam mit den völlig überforderten Behörden und Hilfsorganisationen. Merkel sitzt immer noch im Kanzleramt, in ihrer eigenen Welt. In der Union wächst der Unmut. In Europa schütteln die ehemaligen Partner nur noch den Kopf. Alle fragen sich: Wie lange noch?<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 4. Dezember 2015: >>Islam - Wo der Koran Anknüpfungspunkte für Gewalt bietet

Die Muslime müssen endlich den Koran und die Tradition des Propheten kritisch in Frage stellen. Sonst ist der interreligiöse Dialog zum Scheitern verurteilt.

Kommentar von Abdel-Hakim Ourghi

Muslime sehen den Koran als das Wort Gottes an, als Maß aller Dinge, an dessen Vorschriften sie sich orientieren. Daher nimmt der Koran in ihrem Alltag den wichtigsten Platz ein. Wer auch nur ein wenig an seinem Wortlaut rüttelt, einen Teil von ihm ablehnt oder ihn gar als Menschenwerk betrachtet, gilt manchen als Häretiker. Das Leben des Propheten und dessen religiöses und politisches Handeln kritisch zu hinterfragen, scheint ebenso tabu zu sein. Das Bild eines vollkommenen Lebens ohne Sünden muß aufrechterhalten werden und dient als ewig gültiges, gottgegebenes Vorbild.

Mohammed (570-632) war jedoch nicht nur der anerkannte Verkünder einer göttlichen Botschaft, sondern auch der weltliche Führer, der meisterlich die Macht des Wortes mit der Gewalt des Schwertes vereinte. Indem er sich auf autoritative Koranstellen bezog, griff Mohammed von 624 an in Medina gegen seine Widersacher zur Gewalt, etwa gegen arabische Heiden, Christen und Juden.

"Führe uns den geraden Weg", heißt es in der ersten Sure des Koran

Eine sinnstiftende Legitimation dafür sind die sogenannten Schwertsuren. In Sure 9 des Korans - etwa ein Jahr vor dem Tod des Propheten offenbart - werden die Muslime aufgefordert, gegen jene zu kämpfen, "die nicht an Gott und auch nicht an den Jüngsten Tag glauben, die das, was Gott und sein Gesandter verboten haben, nicht verbieten und nicht der wahren Religion angehören - unter den Schriftbesitzern - ..." (Vers 29).

In Vers 33 wird der Islam als wahre Religion bezeichnet. Gott werde der Gemeinde zum Sieg über alle Religionen verhelfen. Auch in der letzten offenbarten Sure 5, Vers 33, ist zu lesen: "Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und überall im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, daß sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen wechselweise (rechts und links) Hand und Fuß abgehauen wird, oder daß sie des Landes verwiesen werden."

Aus einigen Koranpassagen geht eine "symbolische Gewalt" hervor. Symbolische Gewalt operiert dezent und alltäglich und sichert die Anerkennung von Herrschaftsordnungen. In den Teilen des Korans, die in Medina offenbart wurden, findet sich ein ganzes Sündenregister von Juden, Christen und arabischen Heiden, das letztendlich als Rechtfertigung für den bewaffneten Umgang des Propheten dient. Durch die alltägliche Rezitation dieser umstrittenen Verse legitimieren viele Muslime bis heute unbewußt diese Gewalt im religiösen Leben.

Wenn sie das tägliche Gebet praktizieren, rezitieren die Muslime jeden Tag siebzehn Mal die erste Sure des Korans, "die Eröffnende". In dieser Sure, die offenbar aus der medinensischen Epoche stammt, wird gebetet: "Führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen Du Gnade erwiesen hast, nicht den Weg derer, die Deinem Zorn verfallen sind und irgehen!" (Vers 6-7). Die gesamte muslimische Koranexegese ist der Auffassung, daß sich der zweite Teil auf Juden und Christen bezieht. In Sure 2, Vers 120, werden sowohl Mohammed als auch die Muslime aufgefordert, Juden und Christen zu meiden.

Das Erbe von Medina

In Sure 3, Vers 85 ist zu lesen, daß keine andere Religion als Ersatz für den wahren Glauben an Gott dienen kann. Bereits in Vers 19 derselben Sure wird mit Nachdruck betont, daß der Islam die einzig wahre Religion sei. Die Umma (die Gemeinschaft der Muslime) wird sogar als die beste Gemeinschaft bezeichnet, die Gott den Menschen gestiftet habe (Koran 3:110).

Dadurch werden die Muslime in ihrem religiösen Überlegenheitsgefühl als Inhaber der absoluten Wahrheit bestärkt. Die klare Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen ist das fundamentale Denkschema der Muslime. Seine Dualität prägt das Denken auch in anderen Bereichen, dient zur Orientierung in der sozialen und religiösen Lebenswelt und bringt dementsprechende Praktiken hervor.

Die Lösung der Gewaltfrage besteht nicht in einem Aufstand der Anständigen

Zweifelsohne bieten solche Koranpassagen Anknüpfungspunkte für die heutige Gewalt im Islam. Diese radikalen Koraninhalte dürfen nicht mehr verharmlost und ignoriert werden. Der interreligiöse Dialog ist zum Scheitern verurteilt, solange die Muslime sich nicht deutlich dagegen positionieren. Die zwischen 622 und 632 in Medina verkündeten Koranpassagen müssen in ihrem historischen Kontext verstanden werden. Sie haben als historisch-politische Äußerungen nur eine temporäre Gültigkeit für das siebte Jahrhundert.

Die Lösung der Gewaltfrage im Islam besteht nicht in einem muslimischen Aufstand der Anständigen. Mahnwachen sind eine bequeme kosmetische Korrektur. Die Muslime müssen

endlich die kanonischen Quellen ihres Glaubens (den Koran und die Tradition des Propheten) kritisch in Frage stellen. Ein Islam ohne eine mutige Islamkritik ist zum Scheitern verurteilt, vor allem im Westen. Wir benötigen dringend ehrliche Kritikerinnen und Kritiker, die den Finger in die Wunden des historischen Verdrängens legen. Gefragt sind humanistische Muslime, die ohne Scheu unangenehme Wahrheiten aussprechen.

Akzentuiert muß betont werden, daß der nicht reformierte Islam keine Religion des Friedens ist. Das gehört zur Redlichkeit einer islamischen Theologie und Religionspädagogik. Es reicht aber nicht, die Offenbarung des Korans in ihrer historischen Entstehungssituation zu verstehen. Darüber hinaus muß auch eine Methode entwickelt werden, welche den Islam auf der Grundlage einer kritischen Reflexion von der Macht dieser umstrittenen Koranverse befreit.

Meiner Meinung nach ist nur der in Mekka offenbarte Koran (610-622) zeitlos, weil er universell sinnstiftende Lehren im ethischen Sinne beinhaltet. Sowohl der in Medina (622-632) offenbarte Korantext als auch der historische Prophet als Staatsmann sind im Westen dringender denn je kritisch zu betrachten und revisionsbedürftig, sonst bleibt ein Islam, der mit den europäischen Werten vereinbar ist, ein Wunschtraum.

Zum Autor: Abdel-Hakim Ourghi, 47, leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Dezember 2015 (x892/...): >>Spaemann: Grenzen setzen!

In einem Interview mit der "Berliner Zeitung" hat der Philosoph Robert Spaemann Gründe für die Bevorzugung bestimmter Flüchtlingsgruppen genannt. Im Wesentlichen folgt das, was Spaemann im Interview sagt, aus dem Naturrecht. Wenn Hilfe nicht unbegrenzt gegeben werden kann - und dies ist entgegen der Ansicht von Angela Merkel der Fall - dann muß ausgewählt werden. Für diese Auswahl gibt es naturrechtlich ein Kriterium, nämlich das der Nähe. So bin ich in einer Notsituation zunächst für meine Familie verantwortlich, dann für Verwandte und Nachbarn. Nicht anders verhält es sich bei staatlicher Hilfe im Umgang mit Flüchtlingen.

Bei der derzeitigen Einwanderung - nur ein Teil der Personen, die nach Deutschland streben sind Flüchtlinge - muß zunächst die Grenze gesetzt werden bei den wirklichen Flüchtlingen. Personen aus osteuropäischen Staaten aber auch aus Ägypten, Marokko etc. können keine Flüchtlinge sein und sollten umgehend zurückgewiesen werden. Natürlich sagt Spaemann dies nicht.

Allerdings verweist Spaemann auf die Armutseinwanderung. Wenn die Bundeskanzlerin davon spreche, Asyl nicht nur aus dem üblichen und gerechtfertigten Gründen (Verfolgung aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen) zu gewähren, sondern auch aus Armut, dann sei dies "eine katastrophale Ausweitung", so Spaemann. Natürlich versteht man, daß Menschen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nach Deutschland kommen wollen, doch es gibt - auch naturrechtlich - keine Pflicht des Staates, solche Menschen aufzunehmen, zumal dies in der gegenwärtigen Situation überhaupt nicht möglich ist.

Bei der Auswahl der wirklichen Flüchtlinge, und dies dürfte bei einem großen Teil der aus Syrien und dem Irak stammenden Ankömmlinge der Fall sein, ist es nicht verpflichtend, diese Menschen, sofern sie aus einem sicheren Herkunftsland kommen, bei uns aufzunehmen. Dies ist europäisches Gesetz, das von Merkel erneut gebrochen wird (in der Griechenland-Krise gleich mehrfach). Wie kann eine Bundeskanzlerin die Beachtung der Gesetze fordern, die selbst unausgesetzt Gesetze bricht?

Da es unverantwortlich ist alle Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, muß ausgewählt werden. Und hier nennt Spaemann das "Nahe-Kriterium". Dies bedeutet in der aktuellen Situation, daß wir in erster Linie Christen aufnehmen sollten. Nicht nur, weil Christen die am stärksten und brutalsten verfolgte Flüchtlingsgruppe sind, deren Verfolgung hier durch die

große Zahl der Moslems in den Aufnahmelagern fortgesetzt wird, sondern weil Deutschland ein christliches Land mit einer christlichen Geschichte und Kultur ist, auch wenn heute sehr viele Deutsche keine Christen mehr sind.

Spaemann verweist darauf, daß einige Länder in Europa genau so entschieden haben. Die Slowakei z.B. hat schon vor Monaten ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt, aber ausschließlich von christlichen Flüchtlingen.

Den islamischen Flüchtlingen kann man empfehlen, in die benachbarten islamischen Länder, insbesondere in die sehr reichen Golfstaaten zu flüchten, die bisher praktisch keine Flüchtlinge aufnehmen, obwohl insbesondere Saudi-Arabien einer der Hauptverursacher des IS-Terrors in der Region ist, da es den IS jahrelang massiv unterstützt hat.

Eine sehr treffende Bemerkung Spaemanns bezieht sich auf das in der sogenannten "deutschen Öffentlichkeit" weit verbreitete Motto: Der IS-Terror, oder überhaupt Gewalt der Moslems, hat nichts mit dem Islam zu tun. Ganz besonders wird dieser Spruch von deutschen Bischöfen verbreitet und sicher nicht nur, weil sie so "naiv" sind. Spaemann sagt dazu: "Wenn Gott ein so blutrünstiges Wesen ist, wie er durch den IS dargestellt wird, und man sagt, daß dies mit dem Islam nichts zu tun hat, dann ist das naiv." Spaemann weiter: Der Koran sei die einzige Quelle, worauf die Terroristen sich bezögen und "eine andere Quelle haben sie ja gar nicht". Ist das bisher den Bischöfen und anderen Predigern einer Welteinheitsreligion noch nicht aufgefallen?<<

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Dezember 2015: >>1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

Trotz des Winters machen sich in der Türkei weiter Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Im Jahr 2015 waren es etwa 1,1 Millionen.

München/Athen. In Deutschland sind in diesem Jahr nach Angaben der bayerischen Staatsregierung fast 1,1 Millionen Flüchtlinge angekommen. Der Großteil sei über Bayern eingereist, teilte Sozialministerin Emilia Müller (CSU) am Mittwoch in München unter Berufung auf das Erstaufnahme-System "Easy" ("Erstverteilung von Asylbegehrenden") mit.

Der Wille vieler Migranten, Europa zu erreichen, ist ungebrochen. Binnen einer Woche seien fast 30.000 weitere Menschen übers Mittelmeer in Griechenland oder Italien angekommen, so das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Januar 2016: >>**Es muß ein Exempel statuiert werden**

Dieter Stein

Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.

Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Haupt-

bahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migrantens-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Männer, die dies zulassen!

Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.

Ein nationaler Skandal

Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein FAZ-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.

Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.

Erosion des Rechtsstaates

Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.

Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis der Achtundsechziger-Kulturrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.

Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), strafällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschieben, dann muß es eben geändert werden. Hierzu fehlt allein der politische Wille.

Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.

Wann endlich handelt diese Regierung?

Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der

Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.

Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!

Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!

An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.

Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.

Werden die Prognosen Realität, müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Ansicht des IW spätestens 2017 wieder neue Kredite aufnehmen. Zwar könne Schäuble in diesem Jahr auf eine Zwölf-Milliarden-Euro-Rücklage aus dem vergangenen Jahr zurückgreifen, allerdings handele es sich dabei um einen Einmaleffekt.

Herausforderung für den Arbeitsmarkt

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) geht derweil davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent."

Die Bundesagentur für Arbeit kalkuliert nach Scheeles Angaben 2016 mit 350.000 Flüchtlingen, die auf die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV, angewiesen sein werden. Die Kinder, die jetzt hier in die Schule kämen, hätten gute Perspektiven, die Fachkräfte von übermorgen zu werden. "Wer unter 35 ist, hat gute Chancen, sich für eine Arbeit zu qualifizieren. Für

Menschen, die deutlich über 40 sind, wird es schwierig", sagte Scheele.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. März 2016

(x892/...): >>**Moslemischer Terror gegen Christen in Flüchtlingsunterkünften**

Sozialarbeiter, Flüchtlingshelfer, Politiker und Bischöfe verschließen aus ideologischen Gründen Augen und Ohren vor dem Terror, dem Christen in Flüchtlingsunterkünften ausgesetzt sind und zwar von Moslems, die hier in Deutschland wagen, einen Asylantrag zu stellen, obwohl sie offensichtlich selbst zu den Verfolgern gehören.

In einem Beitrag in der "Tagespost" berichtet ein protestantischer Pfarrer, was so abgeht in den sogenannten Flüchtlingsunterkünften. Handeln Sie jetzt. Unterstützen Sie die verfolgten Christen in Deutschland und schreiben Sie an Ihren Bischof.

Das Ausmaß der Christenverfolgung ist wirklich unvorstellbar. Anfängen von permanentem Mobbing bis hin zu Messerattacken auf Christen ist alles dabei. Die Betreuer und der Wachdienst, der in Berlin selbst fast ausschließlich aus Moslems besteht, die Politiker und Bischöfe sprechen von Einzelfällen und natürlich hat das alles nichts mit der Religion zu tun, schließlich wissen doch alle "Islam ist Friede" bla bla bla, ... sondern nur mit den "beengten Wohnverhältnissen", langen Schlangen vor der Essensausgabe etc.

Hört man aber auch Leute, die vor Ort sind, die arabisch sprechen und die Situation kennen, dann sieht man die Wirklichkeit in den Unterkünften. Der Islam zeigt, was er von anderen Religionen hält und das in einem Land, wo er nichts verloren hat. Es braucht keine große Vorstellungskraft um sich auszumalen, wie es in einigen Jahren in Deutschland aussieht, wenn diese Moslems die Situation in Deutschland durchschaut haben: die Feigheit der Verantwortlichen in Politik, Kirche und Verantwortliche in der Sozialindustrie, die um des lieben Friedens Willen die Augen vor dem Terror gegen Christen verschließen.

Pfarrer Gottfried Martens bestätigt in dem TAGESPOST Interview, daß vor dem islamischen Terror geflüchtete Christen in Deutschland vom Regen in die Traufe kommen. "Sie sind hierher geflohen, weil sie gehofft haben, hier Religionsfreiheit zu erfahren, und müssen nun erfahren, daß im Bereich ihrer Unterkünfte diese Religionsfreiheit in keiner Weise gilt".

Ausdrücklich bestreitet der protestantische Pfarrer, daß es sich um Einzelfälle handelt. "Das hat sich seit dem Spätsommer letzten Jahres verändert, seit in sehr großen Zahlen streng konservative muslimische Flüchtlinge - und um die handelt es sich in einer größeren Zahl, als ich auch selber erwartet hatte (!!!) - nach Deutschland kamen. Und seitdem haben sich in sehr vielen Heimen - ich sage nicht, in allen, aber doch in sehr vielen Heimen - geschlossene muslimische Communities gebildet, gegenüber denen die Christen eine winzige Minderheit darstellen. Sie sind genau genommen in derselben Lage, in der sie vorher waren.

Wir haben da das gesamte Spektrum: es geht los - und das ist für unsere Leute aber oft mit das Belastendste - mit dem psychischen Druck, dem sie ausgesetzt sind". Der Pfarrer berichtet von ständigen Bedrohungen, alle möglichen Formen des Mobbing und der Schikanen. Wenn die Christen nicht in der Unterkunft sind, z.B. in der Kirche, dann werden ihre Zimmer verwüstet, Bibeln zerrissen. "Das geht bis hin zu körperlichen Übergriffen, Schlägen, Tritten und allem Möglichen, wenn sie denn als Christen identifiziert werden".

Weiter wird berichtet, daß der Sicherheitsdienst, der die Heime in Berlin betreut, vorwiegend aus Mohammedanern besteht, weil diese "interkulturelle Kompetenz" besitzen. "Das hängt damit zusammen, daß man jetzt, seit die vielen Heime in Berlin aus dem Boden sprießen, Wachschützer eingestellt hat, die einfach nur zwei Kompetenzen brauchen: erstens, sie sprechen Arabisch, zweitens, sie haben einen gewissen Bizepsumfang. Das wird dann "interkulturelle Kompetenz" genannt."

Die Beschwerden von Christen werden von niemandem ernst genommen. Die Verantwortlichen können sich nicht vorstellen - da sie selbst zumeist Agnostiker oder Atheisten sind - daß die Religion bei Konflikten eine Rolle spielen. Daher wird der alltägliche Terror gegen

Christen heruntergespielt und auf etwas Anderes zurückgeführt. Auch die Bischöfe gehören zu diesen Verharmlosern, weil es ihrer Ideologie des interreligiösen Dialogs widerspricht. Anstatt ihrer Aufgabe als Hirten der Christen nachzukommen und zugleich alles dafür zu tun, die moslemischen Menschen für Jesus Christus zu gewinnen, blasen sie mit ins Horn der herrschenden linken Eliten.

Das Civitas Institut fordert:

- Sofortige getrennte Unterbringung von Christen und Moslems
- Sofortige Ausweisung von Moslems, die Christen schikaniert haben. Die so etwas tun handeln aus demselben Ungeist wie die Terroristen in den Ländern aus denen sie geflohen sind und es könnte sich bei ihnen selbst um potentielle Terroristen handeln. Darum haben sie keinerlei Anspruch auf die Hilfe Deutschlands.

Daher bitten wir unsere Freunde und Leser:

- Schreiben Sie an Ihren Bischof und fordern Sie ihn auf, sich unverzüglich für diese beiden Forderungen einzusetzen. Drohen Sie den Bischöfen damit, daß Sie anderenfalls keine Kirchensteuer mehr zahlen werden. Das ist das Einzige, was für die deutschen Bischöfe noch von Bedeutung ist.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung der geflohenen Christen in Deutschland.<<

Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**

Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.

Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 20. Juni 2016: >>**Martin Hohmann: "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazu gehört"**

Vor zwölf Jahren mußte Martin Hohmann nach einer Rede mit antisemitischen Tönen die CDU verlassen. Jetzt will er mit der AfD zurück in die Politik.

Ein politischer Diskussionsabend in Fulda. Eindringlich warnt der Mann am Rednerpult vor den Folgen der Einwanderungspolitik der Regierung: "Wenn wir ihnen das durchgehen lassen, wäre das praktisch jetzt die letzte freie Wahl gewesen in dem Sinne, daß der Souverän deutsches Volk entschieden hat."

Es ist das Jahr 1999, Thema ist die doppelte Staatsbürgerschaft, der Redner heißt Martin Hohmann, CDU. Hohmanns Botschaft: Das deutsche Volk wäre nicht mehr dasselbe, wenn ein Großteil seiner Mitglieder mehrere Pässe hätte. Die Deutschen würden dann als Wähler verdrängt von Leuten, die nur im juristischen Sinne dazugehörten.

17 Jahre später, eine andere Partei, derselbe Mann, dieselbe Warnung: "Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, daß unser Volk schleichend ausgetauscht wird",

sagt er, dieses Mal nicht vor Publikum, sondern beim Tee nahe dem Fuldaer Dom. "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt."

Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU

Hohmann, 2004 aus der CDU ausgeschlossen, ist nun AfD-Mitglied. In seiner neuen Partei könne er "nahtlos die Positionen vertreten, die ich schon vor 25 Jahren in der CDU vertreten habe". Aber in der AfD kann er noch mehr, auch wenn er das nicht sagt: Er kann Rache nehmen.

Nächstes Jahr will der 68-Jährige wieder für den Bundestag kandidieren: "Wenn meine Partei mich auffordert, werde ich wohl nicht Nein sagen können." Würde er gewählt, wäre es ein Triumph. Hohmann will der CDU und vor allem Angela Merkel zeigen, daß es ein Fehler war, ihn wegen einer Rede mit antisemitischen Untertönen aus der Partei zu werfen.

Es geht um Vergeltung und um die neue Ordnung im deutschen Parteienspektrum. Der Fall Hohmann zeigt: Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU. Sie streben in die AfD - und stärken deren rechtskonservativen Flügel.

Hohmann und die CDU, das war mal eine Einheit. 24 Jahre war der Jurist, Reserveoffizier und Vater dreier Kinder Mitglied der Christdemokraten. Sieben Jahre saß er im Bundestag, als Nachfolger des legendären Parteirechten Alfred Dregger. Der erzkonservative Bischof Johannes Dyba war ihm ein "väterlicher Freund".

Männer wie Hohmann muß man heute in der CDU mit der Lupe suchen. Männer, die eine "Willkommenskultur für Ungeborene" fordern anstatt für Flüchtlinge; die fragen, wieso schwule Männer partout die von Kirche und Grundgesetz geschützte Ehe eingehen wollen, und fragen: reicht es nicht, daß sie unbehelligt zusammenleben dürfen?

Anleihen aus der Nazipropaganda

In seiner neuen politischen Heimat darf Hohmann sagen, was er denkt. Im März wählten die Bürger Fuldas ihn in den Kreistag, von Platz eins der AfD-Liste, sein Ergebnis lag über dem Landesschnitt. Die guten Umfragewerte der AfD seien ihm "ein wenig Genugtuung", gesteht Hohmann.

Denn er erinnert sich genau, wie "diese alte Sache" damals gelaufen war. Wer zu ihm hielt, wer umkippte, wer es noch wagte, ihn im Fraktionssaal zu umarmen.

Hohmanns Ende in der CDU war besiegelt, als eine Rede vor seinem Ortsverband Neuhof bekannt wurde. Darin klagte er, die Deutschen würden wegen der Verbrechen im Dritten Reich als "Tätervolk" abgestempelt. Aber es werde kaum thematisiert, wie viele Juden sich "dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben" und politische Morde begangen hätten. "Daher sind weder 'die Deutschen' noch 'die Juden' ein Tätervolk", resümierte Hohmann. Böse sei vielmehr, wer gottlos sei.

Eine verharmlosende, antisemitische Rede mit Anleihen aus der Nazipropaganda sei das, rügten hinterher Historiker, Parteifreunde, Kirchenleute. Andere entschuldigten, Hohmann habe sich lediglich gegen die Kollektivschuldthese gewandt.

Die Affäre war eine Zäsur in Merkels Ära als Parteichefin. Sie zog eine rote Linie, was man in der CDU sagen durfte - und was nicht. Manchem, der heute AfD wählt, erschien die Linie zu streng. In einer Infratest-dimap-Umfrage votierten seinerzeit 45 Prozent der CDU-Anhänger für Hohmanns Rauswurf, 48 Prozent dagegen. Die Basis war gespalten.

Merkel sei damals nicht unter den "Bluthunden" gewesen, die ihn gehetzt hätten, sagt Hohmann. Er habe ihr verziehen, wie es der Apostel Paulus predigte. Beiläufig weist er aber darauf hin, daß Merkel ja in der DDR aufgewachsen sei, Politik also in einer Diktatur kennengelernt habe. Nur so als Hinweis. Vergebung klingt anders.

Volksverhetzungsparagraph schränke Meinungsfreiheit ein

Wie es der Zufall will, hat derzeit auch die AfD einen Antisemitismus-Skandal. Wolfgang

Gedeon, AfD-Abgeordneter in Baden-Württemberg, schrieb 2012 ein Buch mit antisemitischen Passagen. Verurteilte Neonazis und Holocaustleugner nannte er "Dissidenten" und den "Judaismus in seiner säkular-zionistischen Form" einen "Machtfaktor westlicher Politik".

Frage an Hohmann: Wie sollte die AfD Gedeon behandeln? Ihn rauswerfen, wie es der Bundesvorstand vorschlägt?

Hohmann windet sich. "Es kommt auf die Faktizität, den Kontext an. Einzelne Zitate können keinesfalls zu einer abschließenden Bewertung eines Buches oder einer Person führen." Er sehe die Meinungsfreiheit eingeschränkt durch den Volksverhetzungsparagrafen, dieses "volkspädagogische Instrument": "Wir müssen wieder zu einem Zustand der Normalität kommen, weg vom Gouvernantendiskurs."

Antisemitische Sprüche als Normalität? Keine Distanzierung von Gedeon, keine Kritik. Auch die Aufregung um Alexander Gaulands Kritik an Fußballspielern mit ausländischen Wurzeln versteht Hohmann nicht: "Als Empfinden einer Mehrheit der 'Bio-Deutschen' dürfte das zutreffen."

Persönlich habe er aber wirklich nichts gegen Ausländer. "In meiner engeren Verwandtschaft sind Afroamerikaner und Südamerikaner."<<

Bilanzierung und Bewertung der Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter:

>>Erste Gastarbeiter kommen

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1964: >>Eine Million Gastarbeiter

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisierte im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können.

...<<

Die Münchener "Abendzeitung" berichtete am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1992 berichtete im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>Gigantischer ruinöser Asylschwindel

Das Problem der Asylanter und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlich-

keit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.

Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.

Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsfüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt (S. 70). Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.

- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz (S.41 ff.) Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind u.a. die USA (vgl. die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern), England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab (S. 255).

Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! (S. 101 ff.) Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. (S. 122). Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber." (S. 132)

Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM (S. 77) ...

Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.

Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". (S. 78) So beträgt der jährliche Kulturretat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. (S. 91 ff.)

- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems/Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen. (S. 256)

Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." (S. 256)

- Man mag nicht mit allen Lösungsvorschlägen Werners einverstanden sein. Überdenken sollte man sie auf jeden Fall. Sein Buch ist Pflichtlektüre nicht nur für alle Politiker und politisch Interessierte. Auch politisierende Geistliche aller Ebenen, Sozialverbände sowie kirchliche Lobbyisten einer ideologisch verstandenen, von ihnen mit "evangelischem" Pathos und Moralin geheiligten Betreuungs- und Einwanderungspolitik sollten ruinöse Fakten nicht chronisch

verdrängen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.

Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 2004 (x887/...): >>**Vor dem Bürgerkrieg**

Europa und die Expansion des Islam

... Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisierung Deutschlands.

Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.

Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".

Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.

Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<

Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Udo Ulfkotte (1960-2017) schrieb am 1. November 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Widerstandslöse Aufgabe**

Am Sonntag wurde in Duisburg die größte Moschee in Deutschland eingeweiht, nur Tage davor wurde im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg die erste Moschee im Gebiet der neuen Länder eröffnet, kurz zuvor eine weitere in Ingelheim. Regelmäßig gratulieren Politiker und Kirchen bei den oft offiziellen Festveranstaltungen. In Duisburg redete Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, ein katholischer Bischof und ein evangelischer Repräsentant sprachen Grußworte, die Einweihung bildete den Auftakt zu einer ganzen Festwoche.

Der in Ingelheim eingeweihte und von Politikern und Kirchenvertretern ebenfalls euphorisch gefeierte Neubau heißt "Fatih-Sultan-Moschee". Der Name ist wohl nicht zufällig gewählt. Der türkische Sultan Mehmet II. trug den Beinamen "Fatih" ("der Eroberer"). Im Jahre 1453 hat dieser Christenhasser das bis dahin christliche Konstantinopel überrannt, alle Christen zusammentreiben, pfählen und köpfen lassen. Er zerstörte das christliche Byzantinische Reich. Das von ihm angeordnete Blutbad war grauenvoll.

Überall in Europa nennen muslimische Mitbürger heute ihre neu entstehenden Moscheen nach

den großen Christenhassern ihrer Geschichte. Viele klatschen, wenn etwa mit immer neuen "Fatih"-Moscheen die Gefühle europäischer Christen mit Füßen getreten werden. Bloß nicht den Islam "beleidigen". Kämen Christen auf die Idee, eine Basilika etwa nach dem Kreuzfahrer Gottfried von Bouillon zu benennen? (Womöglich - eine besonders absurde Vorstellung - eine neu gebaute Kathedrale mitten in einem islamischen Land?)

Wollen wir die Wahrheit nicht wissen? Politiker begrüßen, daß die europäische Hauptstadt Brüssel "multikulturell" ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch dort Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Löwen (Leuven) in etwa 15 Jahren eine mehrheitlich islamische Stadt sein.

Die Entwicklung zieht sich durch ganz Europa. Und überall geben wir unsere Werte auf: In Dänemark zahlt seit diesem Jahr die erste Kirche Schutzgeld an Muslime, um ihre Christen beim Kirchgang vor Übergriffen zu schützen. Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, dennoch akzeptieren wir inzwischen sogar islamische "Scharia-Gerichte", und schon gestatten wir unter bestimmten Voraussetzungen Muslimen die Polygamie. In Ländern wie Schweden diskutiert man über einen Strafnachlaß für "Ehrenmörder" - alles andere könnte ja den Islam beleidigen.

Ein "Kampf der Kulturen" findet nicht statt - wir geben unsere Werte widerstandslos auf. Unsere Kinder werden uns bittere Fragen stellen. Dann aber dürfte es zu spät sein, die Entwicklung noch aufzuhalten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2009 (x887/...): >>**Auf Wiedersehen Deutschland**

2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne ...

In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. ...

Vor allem Ärzte und Banker galten in den letzten Jahren als besonders auswanderungswillig. Aber auch Naturwissenschaftler würde es in Länder mit besseren Forschungsbedingungen und vor allem Gehältern ziehen.

Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt wird. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. September 2010 (x887/...): >>**Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken**

Das Buch "Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen "Wende" gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.

Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem "multikulturellen" Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegensätzen und ein neues aggressives Proletariat, das das "weiße" Bürgertum zu entmachten imstande wäre. "Grüne" wiederum setzen durch das Experimentieren mit "Vielfalt"- und "Diversity"-Konzepten darauf, einen transnationalen "neuen Menschen" zu kreieren.

Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfäng-

lich ungewöhnlich paralyisiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und "Kampf gegen Rechts" scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.

Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die "neuen Jakobiner", sprach von der "Götterdämmerung der 68er" und kritisierte die dem Volk entfremdete "Parallelgesellschaft" der politischen Elite und der Medienlinken: "Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er ... Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv."

Volker Zastrow wandte sich in der "FAZ" gegen den Claudia-Roth-Jargon: "Warum soll 'unerträglich' sein, daß einer die Welt so beschreibt? ... Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen. ..."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 3. April 2014: >>"Wir haben einen veritablen Bürgerkrieg in Deutschland"

Der Erfolgsautor Akif Pirinçci schreibt in seinem neuen Buch "Deutschland von Sinnen" gegen das "Irrenhaus Deutschland" an. Im Interview mit der JUNGEN FREIHEIT erklärt Pirinçci, warum er Deutschland liebt und was er gegen "Migrantenindustrie, schwachsinnige Politiker und geistesranke linke Medienleute" hat.

Sein neues Erfolgsbuch "Deutschland von Sinnen" habe er "in einem dreimonatigen Wutanfall zusammengedonnert", sagt Pirinçci. Hart geht er mit den Grünen ins Gericht, die Deutschland in einen "verkommenen Zustand" gebracht hätten und eine "Mischung aus Schämt-euch-Attitüde, Technikfeindlichkeit, Kindersex-Sehnsüchten, Selbsthaß auf alles Eigene und Deutsche und Überhöhung des Anderen" seien.

"Wenn das Geld alle ist, bricht so eine Gesellschaft auseinander"

Es gebe ein "links-grün versifftes Dogma, daß Zuwanderung, namentlich islamische, automatisch ein Segen für Deutschland sei". Die Grünen seien dafür verantwortlich, daß sich Einwanderer heute nicht mehr assimilierten. "Das funktioniert aber nicht, spätestens wenn das Geld alle ist, bricht so eine Gesellschaft auseinander. Dann hat er sich ausgetanzt, der Karneval der Kulturen", betonte Pirinçci.

Zur These, daß junge Muslime durch ihre Gewalttaten lediglich ihre Minderwertigkeitskomplexe abreagieren würden, erklärt Pirinçci, "daß nichts und niemand so viel Selbstbewußtsein hat wie ein Araber oder Türke, der einem Deutschen am Bordstein das Hirn aus dem Schädel tritt. Und ich glaube, daß die Zahl der so Ermordeten bewußt geheimgehalten wird, da sonst offenbar werden würde, daß es sich um einen veritablen Bürgerkrieg handelt."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. Oktober 2014: >>"Unsere Straßen, ihr Kampf"

In Celle sind Moslems und Jesiden mit Knüppeln, Steinen und Flaschen aufeinander losgegangen. In Hamburg drohten Kurden und Salafisten sich die Köpfe mit Eisenstangen und Macheten ein- und abzuschlagen. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lenders, sprach sichtlich geschockt von Bürgerkriegsszenen und äußerte die Erwartung, daß dies erst der Anfang sei.

In Mainz, Hamburg und im Ruhrgebiet konnten Bahnhöfe nicht angefahren werden, weil Kurden die Gleise besetzt hielten. In München wurde die CSU-Parteizentrale besetzt, in Köln das Gebäude der Deutschen Welle gestürmt. Auslöser ist der Terror der Armee des "Islamischen Staates" im Nahen und Mittleren Osten. Deutschland soll durch die Aktionen zu einer aktiveren Politik veranlaßt werden.

Es wird noch schlimmer kommen

Was in jenen Regionen geschieht, ist schlimm. Doch das überstrapazierte Wort von der "deutschen Verantwortung" ist völlig fehl am Platze, denn weder ist der Konflikt eine Konsequenz deutschen Handelns, noch existiert eine politische Ethik, die einem Land befiehlt, sich in die Geiselhaut externer Konfliktparteien zu begeben und die Politik von ihnen bestimmen zu lassen. Trotzdem sind wir Geiseln - und zwar durch das schiere gewaltfähige Massenpotential, das sich aus der ungesteuerten, zumeist muslimischen Zuwanderung der letzten Jahrzehnte ergibt.

Und es wird noch schlimmer kommen. Denn nicht über die verübten Land- und Hausfriedensbrüche wird diskutiert, nicht über den Zustand vollendeter Erpressung und vor allem nicht über die Notwendigkeit, die Zuwanderung endlich zu drosseln, sondern darüber, immer mehr Neuankömmlinge flächendeckend über das ganze Land zu verteilen. Es wurde sogar beschlossen, die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei zu intensivieren und auf diese Weise zu signalisieren, daß man sich mit der Ausweitung der muslimischen Zuwanderung abgefunden hat.

Wann war der deutsche Staat ähnlich machtlos?

Wann war der deutsche Staat ähnlich machtlos und gestattete anderen Völkern, ihre Konflikte herein- und unter religiösem Vorzeichen hier auszutragen? Im Kalten Krieg bildeten die beiden deutschen Staaten jeweils das Glacis für die verfeindeten Supermächte und waren ihre Nukleargeiseln. Eine andere Vergleichsgröße ist der Dreißigjährige Krieg, als Deutschland das Schlachtfeld für die Machtkämpfe der Nachbarstaaten bildete.

Noch sind es Stellvertreterkriege, die auf unseren Straßen ausgetragen werden, doch ihre Methodik kann auch benutzt werden, um etwa die Gleichberechtigung der Scharia oder Autonomierechte in Deutschland einzufordern. Diese Entwicklung beschränkt sich nicht auf uns, sie betrifft ganz Westeuropa. Vermeintliche Realisten beschreiben sie als Teil einer neuen, globalisierten Normalität, an die man sich eben gewöhnen müsse. Doch auch sie scheuen sich, die schon sichtbaren Folgen der Entwicklung auszuformulieren. Wir haben es mit mehreren Tendenzen zu tun, die sich überlagern und gegenseitig dynamisieren, ohne deckungsgleich zu sein.

Die Welt von morgen als "multikulturelle Freihandelszone"

Karl Marx hatte im "Kommunistischen Manifest" die Beseitigung aller historischen Bindungen, Traditionen und Grenzen durch den Kapitalismus gefeiert, weil er darin die Voraussetzung für eine weltweite Gemeinschaft freier Menschen erblickte. 150 Jahre später begnügte der Neoliberalismus sich mit der Vision des gleichgeschalteten globalen Einheitskonsumenten. Diese ökonomisch determinierte Ideologie ist von Globalisierungsplanern in eine politische überführt worden.

Der amerikanische Militärstrategie Thomas Barnett beispielsweise plant die Welt von morgen als "multikulturelle Freihandelszone", in der Frieden, Freiheit, Demokratie und Ausgewogenheit gedeihen. Die Staaten fungieren lediglich als durchlässige Einheiten für Waren-, Kapital- und Menschenströme, die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Angleichung sorgen. Es ist eine total vernetzte, aber keineswegs herrschaftsfreie Welt. Die Macht liegt bei denen, die die Kommunikations- und Handelswege, die Datenarchive und die globale Begriffsbildung kontrollieren. In dieser Perspektive erscheinen die europäischen Nationalstaaten als sentimentalere Plunder, und die Migrationsströme bilden eine Humanwaffe zu ihrer Entmachtung.

Die Verteidigung der "nationalen Identität" als Verstoß gegen die Menschenrechte

Allerdings hat diese Politik unvorhergesehene Nebenwirkungen. Die islamische Welt verknüpft mit der Globalisierung ganz eigene Absichten. Sie ist, um einen Ausspruch des türkischen Präsidenten Erdogan zu variieren, der Zug, auf den sie aufspringt. Hilflos erleben die Europäer, wie das Demokratie- und Menschenrechtsvokabular sich gegen sie wendet.

Die Verteidigung der "nationalen Priorität" und "nationalen Identität" sei ein Verstoß gegen die Menschenrechte, die Europäer hätten die Zuwanderung, die Migrantenrechte und die multikulturelle Zukunft ihrer Staaten gefälligst zu akzeptieren, tönt der UN-Menschenrechtsrat, wo die islamischen und Dritte-Welt-Staaten die Mehrheit haben. Die immer schärferen Gesetze gegen "Volksverhetzung" und "Haßverbrechen", der Kampfbegriff "Islamophobie", die "Diversitäts"-Propaganda oder das aufdringliche Loblied auf die Beiträge des Islam zur europäischen Kultur sind keine Zufälle oder Einzelentscheidungen. Sie beruhen auf langfristigen Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC).

Dies geschieht einem Europa, das von historischen Schuldgefühlen geplagt und in Terrorfurcht erstarrt ist, das sich in jeder Hinsicht - auch auf seinem ureigenen Territorium - auf dem Rückzug befindet. Erst von hier aus erschließt sich die volle Bedeutung dessen, was dieser Tage auf unseren Straßen passiert ist, ob in Celle, Hamburg oder anderswo.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. November 2014: >>**Evangelische Lemminge**

Wer schon immer Zweifel am Geisteszustand der Führungsgremien der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) hegte, kann sich durch zwei Meldungen der vergangenen zwei Tage einmal mehr bestätigt sehen. Da verhaftet die Polizei nach einer Razzia eine Gruppe von Islamisten, die im Verdacht stehen, systematisch Kirchen und Schulen ausgeraubt zu haben, um mit dem Diebesgut die Reisekasse hier angeworbener Dschihadisten zu füllen, die sich in Syrien dem "Islamischen Staat" anzuschließen gedenken, um dortselbst Kirchen zu schänden und Christen zu massakrieren - und wie lautet die Antwort der evangelischen Amtskirche?

Genau: Die EKD-Synode in Dresden verlangt tags darauf von der Bundesregierung, die Mittel für den "Kampf gegen Rechtsextremismus" auf jährlich 70 Millionen zu verdoppeln, um unter anderem "islamfeindliche Hetze" besser bekämpfen zu können.

Der Wahnsinn hat Methode

Absurd? Es kommt noch besser: Die 70 Millionen Euro jährlich aus der Staatskasse für die Pöppelung von allerlei Berufs-"Antifaschisten" sind nach Ansicht der EKD-Kirchenvertreter auch deshalb nötig, weil auf deutschen Straßen immer öfter "antisemitische Parolen" zu hören sind. Schon klar: Die fanatischen Jung-Muselmanen, die bei ihren Aufmärschen munter "Juden ins Gas" brüllen, sind wahrscheinlich mit dem deutschen Paß, den viele von ihnen ebenso wie die gerade in Köln verhafteten kirchenplündernden Salafisten in der Tasche haben dürften, per Einbürgerung zu echten deutschen "Nazis" mutiert.

Wer nun folgert, die evangelische Amtskirche habe nicht mehr alle Glocken im Turm und werfe sich lustvoll wie die Lemminge dem eigenen Untergang in die Arme, indem sie ihren erklärten Feinden auch noch generöse Subsidien aus anderer Leute Geldbeutel zustecken will, macht es sich freilich immer noch zu einfach. Der Wahnsinn hat Methode. Mag sein, daß der einfältige Durchschnitts-Synodale es tatsächlich für seine Christenpflicht hält, jeden fremden Eroberer hemmungslos zu umarmen, selbst wenn der Dolch schon gezückt ist, und unterwürfig jede verfügbare Backe hinzuhalten.

Ersatzreligiöse Götzen

Die Drahtzieher solcher Beschlüsse haben ganz anderes im Sinn. Nach Jahrzehnten erst roter und dann grüner Unterwanderung ist die EKD auf dem besten Weg, zur heillosen Polit-Sekte zu mutieren, die nicht dem Evangelium dient, sondern den ersatzreligiösen Götzen Schuld-kult, "Antifaschismus" und Multikulturalismus.

Auch Päpste und Konzilien können irren, formulierte Doktor Martinus einmal einen Grundpfeiler lutherischer Überzeugung. Die Zusammenkünfte seiner unwürdigen grünroten Erben plagten solche Zweifel offenkundig nicht. Der ideologisch bornierte Unfehlbarkeitsglaube, mit dem sie die Realitäten ignoriert, die sie als Lobbyist dieses Zeitgeistes selbst mit geschaffen

und verschuldet hat, trägt jedenfalls Züge des Wahnhaften. Wohl dem, der da nicht mittut.<<
Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtete am 6. September 2015: >>**Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen**

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen – bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen – etwa am Hauptbahnhof in München – empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze. ...

Ungarn stellte Busse bereit und brachte die Flüchtlinge bis zur österreichischen Grenze. Züge, darunter auch viele Sonderzüge, brachten die Menschen schließlich nach Deutschland – das wichtigste Anlaufziel war der Hauptbahnhof in München. Alleine am Samstag reisten 7.000 Flüchtlinge per Zug über München nach Deutschland ein. Rund 2.500 Menschen wurden direkt in andere Bundesländer weitergeleitet.

In Ungarn selbst leerten sich die Flüchtlingslager nach und nach. Nach wie vor reisten Flüchtlinge jedoch zur österreichischen Grenze, um von dort weiter nach Westen zu kommen. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. September 2015:

>>**Adieu, Charlie**

Wieso die Saudis keine Syrer wollen, warum Karikaturen jetzt ein Fall für die Polizei sind, und wo der totale Vernichtungswille triumphiert

Haben Sie sich das Bild auf Seite 1 mal genau angesehen? Da stehen, klatschend und lachend, junge, fröhliche Deutsche, in der Hand ein großes Transparent mit der Losung "Refugees welcome" - Flüchtlinge willkommen. Links neben ihnen verharren zwei Männer, die dem Aussehen nach eher "südlicher" Abkunft sein mögen. Und was machen die? Kein Klatschen, kein Lachen - der eine blickt statt dessen ernst und emotionslos in die Richtung der "Refugees", der andere hat die Arme verschränkt und scheint die Flüchtlinge beinahe skeptisch zu mustern, als wollte er sagen: "Na, was da wohl reinkommt."

Eine interessante Momentaufnahme, wobei die beiden Herren vielleicht auch ganz woanders herkommen und wir hier völlig falsche Schlüsse ziehen. Aber so ist das eben mit der "Macht der Bilder", die dieser Tage Deutschland fest im Griff hat.

Der mächtigste Staat der arabischen Welt, Saudi-Arabien, denkt jedenfalls gar nicht daran, auch nur einen einzigen syrischen Flüchtling über die Grenze zu lassen. Im Gegenteil: Die Saudis schmeißen die letzten syrischen Gastarbeiter raus, weil die schlecht über die Folgen der saudischen Politik in ihrem Land reden könnten.

Bekanntlich hatte der Geheimdienst des besten Verbündeten der USA in der Region jene Gruppen massiv gepöppelt, aus denen später der berüchtigte Islamische Staat (IS) erwuchs, vor dem die Syrer nun in Todesangst flüchten.

Zudem sieht man in Riad die Syrer vermutlich bloß als Figuren auf dem Schlachtfeld des "Heiligen Krieges" zur Islamisierung Europas. Saudi-Arabien ist die Heimstatt der Salafisten (die sich dort Wahhabiten nennen). Warum sollten diese Leute Moslems in ein Land holen, wo ohnehin schon alles in radikal-islamischer Hand ist? In Europa dagegen dienen die Syrer der Ausbreitung des Islam, also dorthin mit ihnen!

Damit die Syrer im Land der "Ungläubigen" auch so funktionieren, wie die Saudis es sich wünschen, will König Salman 200 Moscheen in Deutschland für sie bauen lassen. Die deutschen Kirchen werden ihn dabei bestimmt emsig unterstützen, wie sie das bei allen Moschee-Projekten tun. Da das Geld aus dem Land der Wahhabiten kommt, dürfte sichergestellt sein, daß in den Häusern die "richtige", also die radikale Version des Islam ausgestreut werden wird.

Auf jeden Fall wird sich Deutschland durch den Zustrom gründlich verändern, ist das nicht super? Und ob: "Tschüs, altes Deutschland", jubelt der "Spiegel" und kann die Veränderungen kaum noch erwarten. Dabei sind sie tatsächlich schon mit Händen zu greifen. Im Januar waren wir ein ganz anderes Land, da hießen wir nämlich allesamt "Charlie", sogar der Bundespräsident nahm diesen Namen an aus Solidarität mit den ermordeten Mitarbeitern des Pariser Satiremagazins "Charlie Hebdo".

Aus Rache für dort abgedruckte Mohammed-Karikaturen hatten muslimische Mörder in der Redaktion ein Blutbad angerichtet. Das war ein Anschlag auf unser aller Freiheit, die wir niemals dulden werden, lautete unsere tapfere Entgegnung, in Paris gingen Millionen für diese Freiheit auf die Straße.

Hätten sie sich sparen können, denn im neuen, bunten, veränderten Deutschland gilt sie nicht mehr, diese Freiheit. Wie der NDR berichtet, hat man im Lager Friedland "mehrere Zettel gefunden, auf denen unter anderem Mohammed-Karikaturen abgebildet sind". Ergebnis: "Es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Verdachts der 'Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen' eingeleitet, hieß es von seiten der Polizei." So geht das heute. Adieu, Charlie.

Entdeckt hatten die Beamten die nunmehr mutmaßlich kriminellen Karikaturen, als sie im Lager eine Schlägerei zwischen zwei Insassen beenden mußten, die mit den Zeichnungen indes nichts zu tun hatte. Peinlich, da mußten erst Polizisten kommen? Warum haben nicht die Mitarbeiter des Lagers oder ehrenamtliche Willkommensdeutsche die Zettel aufgespürt? Wachsamkeit ist die oberste Tugend des bunten Bürgers, überall lauert die giftige Saat der Unbunten, des "Packs".

So hat der Karlsruher Grünen-Stadtrat Jörg Rupp einen Busfahrer gemeldet, weil der beim Transport abgelehnter Asylbewerber ein T-Shirt der Marke "Thor Steinar" getragen hat, auf dem irgendwas Altgermanisches geprangt haben soll. "Thor Steinar" sei auch bei Rechtsextremisten beliebt, heißt es.

Rupp meldete den Mann beim Regierungspräsidium in Karlsruhe, bei diversen Tageszeitungen und dann bei dessen Arbeitgeber, der Angst bekam, den Auftrag für die Transporte zu verlieren und den Fahrer prompt rauswarf.

Nun kritisierte uneinsichtiges Bürgerpack den armen Herrn Rupp als ekeligen Denunzianten, was der überhaupt nicht verstehen kann. Er habe doch bloß "eine Beobachtung weitergeleitet". Mit dem Rauswurf habe er nichts zu tun, schließlich hätte sich der Fahrer ja auch wehren können - ja, als einfacher Busfahrer gegen das Regierungspräsidium, die versammelte Regionalpresse, einen Politiker und seinen Chef, is' klar.

Übrigens: "Thor Steinar" gehört seit 2009 der Firma von Faisal al Zarooni mit Sitz im arabischen Dubai. Aber das nur nebenbei.

Von wegen "Tschüs, altes Deutschland": Dieses Land hat neben einer schier endlosen Kette großartiger Leistungen auch zwei Diktaturen erlebt, die niemals funktioniert hätten, wenn nicht immer genügend Leute scharf darauf gewesen wären, "eine Beobachtung weiterzuleiten". Während zahlreiche alte Traditionen in Deutschland längst verloren sind, gehen uns die "Beobachter" nie aus. Schäbigkeit, Charakterlosigkeit und niedere Gesinnung sind Qualitäten, die ungeachtet aller historischen Umbrüche die Generationen überdauert haben.

Arbeitslos machen reicht aber nicht. Im Netzportal einer großen deutschen Mediengruppe

wird überdies dazu aufgerufen, seinen Nachbarn auch die Wohnung zu entreißen, sollten sie sich als "Rechte" erweisen. In diesem Fall möge man unbedingt den Vermieter informieren. "Oft wissen die gar nicht, wen sie sich ins Haus geholt haben", zitiert das Portal Dieter Frohloff von einer "Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus". Indes, so heißt es, eine Garantie für einen schnellen Abzug der Rechten sei das nicht, denn: "Rechte Gesinnung allein reicht nicht für eine Kündigung."

Wie überaus schade! Wenn die Rechten allerdings eine verbotene Flagge zeigten oder sich etwas anderes zu Schulden kommen ließen, könne der Vermieter sie rauswerfen. Na, dem Himmel sei Dank, es gibt also doch eine Chance, den Verdächtigen zum Obdachlosen zu machen. Man muß dafür aber immer emsig "beobachten", solange, bis man endlich was zum "Weiterleiten" aufgespürt hat.

Die Jagd ist eröffnet. Wenn's klappt, kann der "Beobachter" später feixend hinter seiner Gardine kauern und auf den Mann da unten runtergucken, wie er mit Rucksack und Plastiktüte davonschleicht ins Nichts. Job weg, Wohnung weg, Leben zerstört - der Triumph des totalen Vernichtungswillens!

Wie wird Ihnen von solchen Leuten eigentlich? Übel? Bange? Mit Blick auf die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts wäre wohl beides angebracht. Ja, der neue Faschismus wird sich "Antifaschismus" nennen, soll der italienische Intellektuelle Ignazio Silone schon in den 50er Jahren geweissagt haben.

Auch in der Außenpolitik vernehmen wir neuerdings verblüffende Töne von einer politischen Seite, die eben noch überall "deutsche Großmannssucht" angeklagt hatte. Leute wie der Obergrüne Anton Hofreiter maßregeln unsere europäischen Nachbarn wie ungezogene Bengel, ja, man droht ihnen sogar mit Strafe, falls sie nicht endlich auf die deutsche Version von "Flüchtlingspolitik" einschwenken. Wir kommen aus dem Staunen nicht raus.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Oktober 2015: >>Der Bevölkerungswissenschaftler Gunnar Heinsohn hat den Medien in der Asylkrise eine einseitige Berichterstattung vorgeworfen. Nur ein kleiner Teil der Zuwanderer könne etwa gute Mathematikleistungen vorweisen. "Aus diesem bedrückend schmalen Sektor holen sich Funk und Fernsehen die beliebten Erfolgsgeschichten über migrantische Ärzte, Anwälte oder Politiker zwischen Rhein und Oder", schrieb Heinsohn in einem Beitrag für die FAZ.

Konkret beruft sich der Soziologe auf eine Untersuchung der Mathematik-Leistungen aus dem Jahr 2012. Dabei wurde eine Notenskala von eins (sehr gut) bis sieben (ungenügend und schlechter) angewandt. "Die Migrantenkinder der zweiten Generation, die von klein auf und gebührenfrei alle Förderungen der deutschen Erziehung genießen, enden zu 50,8 Prozent mangelhaft, ungenügend oder darunter. Lediglich 1,3 Prozent schaffen eine Eins und 6,2 Prozent eine Zwei", schrieb Heinsohn.

Aus seiner Sicht gebe es keine Gründe, anzunehmen, warum Pädagogen mit den nun nach Deutschland kommenden Einwanderern "weniger niederschmetternde Ergebnisse erreichen sollten als in den vergangenen Jahrzehnten". In Deutschland dagegen werde die Situation im Gegensatz zu anderen Ländern schöneredet, warnte Heinsohn. "Hinweise, daß die Herkunftsländer all dieser Retter des 'Made in Germany' niemals auch nur ein einziges Unternehmen von Rang hervorgebracht haben, werden als Querschüsse von Lästermäulern abgetan."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2015: >>Die Nutznießer des Asylchaos

Udo Ulfkotte offenbart Hintergründe über die Institutionen, die Profit aus dem Milliardengeschäft mit den Asylbewerbermassen schlagen

Der Politikwissenschaftler und Journalist Udo Ulfkotte hat in den letzten Jahren immer wieder eindringlich vor der Islamisierung Europas, einem daraus resultierenden Bürgerkrieg sowie den enormen Folgekosten der Massenzuwanderung gewarnt.

Dabei schoß er nicht selten übers Ziel hinaus, und die handwerkliche Machart seiner in schneller Folge erschienenen Bücher bot auch oft Anlaß zu Kritik: ein "Ulfkotte" fällt stets zu polemisch aus, die permanenten Wiederholungen von Fakten, so aufschlußreich diese sein mögen, stören sehr; das gleiche gilt für Detailfehler infolge des hastigen Produzierens immer neuer Titel. Darüber hinaus werden vielfach Informationen geboten, die wenig mit dem eigentlichen Thema zu tun haben oder bereits allgemein bekannt sind - ebenso kommt die Eigenwerbung zu penetrant daher.

Gleichzeitig zeigen die Ereignisse des Jahres 2015 aber, daß Ulfkotte in fast allen wesentlichen Punkten richtig lag: Der von ihm beizeiten angekündigte "Flüchtlings-Tsunami" hat Deutschland nun tatsächlich mit voller Wucht getroffen und die Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen Einheimischen und Migranten ist dadurch realer denn je.

Verantwortlich hierfür zeichnen Politversager aller Couleur sowie die Asylindustrie. Und mit der befaßt sich nun Ulfkottes neuestes Buch, das nicht zuletzt an das vor kurzem erschienene "Mekka Deutschland" anknüpft, in dem der Autor enthüllte, wer hierzulande neben den Muslimen noch von der Islamisierung profitiert - beispielsweise Handelsketten wie Edeka und Metro, die voll auf das Geschäft mit Lebensmitteln setzen, die den muslimischen Speisevorschriften entsprechen.

Doch das sind kleine Fische gegen die Sozial- beziehungsweise nun auch Asylindustrie in Deutschland, dem Flüchtlingsheim Europas, welche im Jahr 140 Milliarden Euro umsetzt und 2,3 Millionen Menschen beschäftigt. Zum Vergleich: In den deutschen Autofirmen arbeiten gerade einmal noch 738.000 Beschäftigte, und selbst ein Großkonzern wie Siemens mit Standorten in 167 Ländern und 343.000 Mitarbeitern kommt nur auf einen Jahresumsatz von knapp 70 Milliarden Euro!

AWO, Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Malteser Hilfsdienst, Diakonie und wie die im Flüchtlingsgeschäft sonst noch aktiven Sozialdienste alle heißen, haben sich hier einen Zukunftsmarkt schlechthin erschlossen, der sehr viel mehr Profit abwirft als beispielsweise die Betreuung der 300.000 deutschen Obdachlosen. Und diese Gewinnmaximierung drückt sich dann auch in den Gehältern der Vorstände aus: So kassierte alleine die gelernte Krankenpflegerin und Oberin der DRK-Schwesternschaft Berlin, Heidi Schäfer-Frischmann, 500.000 Euro pro Jahr.

Nutznießer des Flüchtlingsansturms sind dabei oftmals genau die Parteien und Politiker, welche uns das Asylchaos eingebrockt haben: Jeder dritte Bundestagsabgeordnete bekleidet eine Vorstands- oder Leitungsfunktion in der Sozialindustrie, die nun zur Asylindustrie mutiert, und die reichlichen Bezüge aus diesen Tätigkeiten fließen dann zu 25 bis 50 Prozent in die Parteikassen.

Das hierfür notwendige Geld darf der deutsche Steuerzahler aufbringen, welcher niemals gefragt wurde, ob er dieses System tatsächlich am Laufen erhalten möchte. Laut Ulfkotte - und seine Schätzung erscheint hier durchaus realistisch - kostet ein Asylbewerber derzeit im Normalfall um die 3.500 Euro im Monat, wenn man einmal alle Ausgaben ehrlich zusammenrechnet und weitere, schlichtweg noch nicht kalkulierbare Kosten wie die für die Psychotherapie der angeblich traumatisierten Einwanderer ausblendet. Das macht bei einer Million "Flüchtlings" beachtliche 42 Milliarden Euro pro Jahr.

Diese entsprechen der Summe der Etats von nicht weniger als elf staatlichen Institutionen der BRD (Familienministerium, Gesundheitsministerium, Finanzministerium, Umweltministerium, Wirtschaftsministerium, Auswärtiges Amt, Deutscher Bundestag, Bundesrechnungshof, Bundespräsidialamt, Bundesverfassungsgericht und Bundesrat). Oder anders gerechnet: 42 Milliarden Euro benötigt der Staat auch jedes Jahr für das gesamte Arbeitslosengeld; die gleichen Ausgaben fallen beim Kindergeld an. Und das alles angesichts einer Staatsverschuldung des vermeintlich so überaus "reichen" Deutschland von über zwei Billionen Euro, von der

übrigens mehr als die Hälfte aus den bisherigen Kosten für die Aufnahme und Integration von Migranten resultiert.

Insofern muß man Ulfkotte zustimmen, wenn dieser konstatiert, daß das Asylsystem unsere Zukunft und die unserer Kinder und Kindeskinde auffrißt: Während die einen satte Gewinne einfahren, droht der Normalbevölkerung das Versinken in der Armut, weil der Staat keine Gnade zeigen wird, wenn es um das Requirieren von Geld für den gefräßigen Kraken Asylindustrie geht. Ebenso gehört nicht viel Phantasie dazu, zu dem gleichen Schluß zu kommen wie der Autor, daß auf dieses System am Ende die Selbstzerstörung wartet, weil es die Gesellschaft derart aussaugt und belastet, daß Gegenreaktionen unausweichlich sind.

Ulfkottes Buch ist diesmal besser recherchiert und faktenmäßig abgesichert als manche seiner früheren Publikationen. Insofern lohnt sich die Lektüre auf jeden Fall, auch wenn man erneut auf den einen oder anderen der eingangs erwähnten stilistischen oder konzeptionellen Mängel trifft. Dabei sollte sich der Leser besonders dann an die Enthüllungen über die Protagonisten der Asylindustrie erinnern, wenn die Sozialverbände, deren Interesse jetzt vorrangig den "Flüchtlingen" gilt, in der Vorweihnachtszeit wieder einmal zum großen Spendensammeln blasen und dazu kräftig auf die Tränendüse drücken.

Udo Ulfkotte: Die Asylindustrie. Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren. Kopp-Verlag, Rottenburg 2015, gebunden, 272 Seiten ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" veröffentlichte am 17. Oktober 2015 folgende juristische Stellungnahme des Rechtsanwalts Dr. Björn Clemens: >>Am 4. September öffnete die Bundesrepublik auf Geheiß der Bundeskanzlerin ihre Grenzen zu Österreich, um in Ungarn festsitzende Flüchtlinge ins Land zu lassen. Seitdem ergießt sich ein ungehinderter Flüchtlingsstrom nach Deutschland. Seriöse Schätzungen gehen von 1 bis 1,5 Millionen Menschen aus, die allein dieses Jahr kommen werden.

Angesichts dieser geradezu apokalyptischen Szenarien, die binnen einen Jahres Deutschlands Ende herbeiführen können, wundert es nicht, daß die Hauptschuldige an dieser Katastrophe schon mehrfach als Volksverräterin bezeichnet wurde. Eine andere Frage ist, ob Merkel damit auch Hochverrat gemäß § 81 StGB begangen hat. Dieser schwerwiegende Gedanke erfordert eine sensible Prüfung. Daß man grundsätzlich nicht so falsch liegen kann, wenn man der Kanzlerin Rechtsbruch unterstellt, mag man den Äußerungen des bayrischen Ministerpräsidenten Seehofer entnehmen, der immerhin von Notwehr sprach; und Notwehr setzt eine Straftat, jedenfalls Rechtsbruch voraus.

Hochverrat begeht, "wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern."

Der Tatbestand ist erfüllt, wenn eine Handlung unternommen wird, die einen der beschriebenen Handlungserfolge herbeiführen kann, wenn dieses durch Gewalt oder mit Drohung durch Gewalt geschieht und dabei Vorsatz im Spiel ist. Daß der Bestand Deutschlands in Gefahr gerät und damit Nr. 1 erfüllt wird, wird mittlerweile öffentlich zugegeben, zum Beispiel vom bayrischen Justizminister Bausback, den die FAZ online am 13.10.2015 zitiert. Die verfassungsmäßige Ordnung gem. Nr. 2 kann durch die Eröffnung der Einwandererflut ebenfalls verändert, wenn nicht vollständig untergraben und aufgehoben werden: Das beginnt bereits mit dem Asylgrundrecht selbst, denn gemäß Artikel 16a Absatz 2 GG kann sich darauf nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem sicheren anderen Drittstaat einreist.

Sodann wird Artikel 14 GG, der das Eigentum schützt, beschädigt. Denn die Kommunen gehen inzwischen dazu über, Grundeigentum der Bürger, Wohnungen, leerstehende Hallen, sonstige Immobilien zu beschlagnahmen. Zwar sind Enteignungen prinzipiell möglich. Sie dürfen

aber das Institut Eigentum an sich nicht in Frage stellen und müssen dem Gemeinwohl dienen. Es kann jedoch nicht im Gemeinwohl liegen, Menschen in Deutschland unterzubringen, die kein Recht dazu haben, was für 95 % der Einströmenden gelten dürfte. Hier fordert das Gemeinwohl die Abschiebung und nicht die Unterbringung!

Ferner wird das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach 28 GG ausgehebelt. Denn wenn den Gemeinden von oben aufgezwungen wird, eigene Liegenschaften, wie Stadthallen, Turnhallen o.ä. als Unterkünfte für die Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, nimmt man ihnen das Recht, über diese Einrichtungen selbst zu bestimmen und verkürzt auch noch ihre finanziellen Spielräume, nimmt ihnen Gelder weg, die sie für die Erhaltung der Infrastruktur, der Wirtschaftsförderung o.ä. brauchen. Ferner ist der ungebremsste Zustrom fremder Menschen ein Anschlag auf den Souverän selbst. Denn Träger der Verfassungsordnung ist gemäß Artikel 20 GG das Volk; von ihm soll alle Staatsgewalt ausgehen.

Daß eine veränderte Zusammensetzung des Souveräns ihn selbst ändert, liegt auf der Hand. Hier muß man allerdings einschränken, daß diese Änderung nicht unmittelbar durch die Einwanderung eintritt, sondern erst durch spätere Aufnahme als Staatsbürger. Das dürfte somit als Tatbestandsmerkmal i.S.v. § 81 StGB entfallen. Im Lichte der rechtsstaatlichen Ordnung an sich ist der Volksaustausch aber beachtlich. Denn der zügellos und ungesetzlich verlaufende Vorgang umgeht sämtliche Verfassungsinstitutionen. Was die Kanzlerin in einer Art "Führerbefehl" angeordnet hat, hat kein Parlament, und kein Bundesrat mitgetragen. Angesichts der staatsgefährdenden Folgen wäre das aber zwingend gewesen. In diesem Sinne äußerte sich der Berliner Verfassungsrechtler Kloepfer in der FAZ vom 13.10.15.

Als Hochverrat gilt all das nur, wenn es durch Gewalt herbeigeführt wird. Auch das dürfte man bejahen können, denn der zugrundeliegende Gewaltbegriff zielt auf die Zwangswirkung bei den Betroffenen ab. Zwar haben wir vorliegend einen atypischen, so vom Gesetzgeber nicht vorgesehenen, Fall; nicht den klassischen Umsturz mit Bombenanschlägen und bewaffneten Aufständen. Aber wir haben vollendete Tatsachen, die es den o.g. Grundrechtsträgern schlicht unmöglich machen, ihre Grundrechte auszuüben, wir haben Automatismen, denen sich die Geschädigten nicht entziehen können. Außerdem hat der BGH unter bestimmten Bedingungen Massenstreiks als Gewalt angesehen. Wenn aber Massenstreiks Gewalt sind, müssen es Massenzuströme von Millionen erst recht sein.

Zur Erfüllung des Tatbestandes bedarf es schließlich des Tatvorsatzes. Vorsatz bedeutet Wissen und Wollen der Tatbestandsverwirklichung. Es reicht aus, den Taterfolg für möglich zu halten und trotzdem zu handeln (Eventualvorsatz). Bei der Entscheidung, die Flüchtlinge unkontrolliert ins Land zu lassen, wird man der Kanzlerin vielleicht noch zugute halten können, es sei ihr nur um die Linderung menschlichen Leides gegangen, die Folgen habe sie so nicht erwartet oder gar nicht bedacht, so daß für den Zeitpunkt 4. September zwar Leichtsinns aber noch kein bedingter Vorsatz nachgewiesen werden kann.

Anders sieht es für den Zeitraum danach aus. Je mehr sich die staatsgefährdenden Folgen herauskristallisierten, um so mehr verfestigte sich der Vorsatz in Frau Merkel, der unheilvollen Entwicklung nicht Einhalt zu gebieten, was unter dem Aspekt des strafrelevanten Unterlassens nach § 13 StGB gegen sie wirkt. Da die Kanzlerin eine Gefahrenquelle eröffnete hatte, war sie hinfür zur Beseitigung verpflichtet.

Spätestens als sie am 07.10.2015 (dem Jahrestag der Gründung der DDR) in der Fernsehshow von Anne Will ihre Haltung mit den Worten bekräftigte: "Wir können die Grenzen nicht schließen. ... Es gibt den Aufnahmestopp nicht." hat sie ihren Vorsatz begründet. Wenn man also zu der Ansicht kommt, die oben bezeichneten Gefährdungen der Verfassungsgrundsätze reichen aus, um die Verfassungsordnung im ganzen zu ändern (das mag man auch anders sehen), spricht bei allen Bedenken, die sich bei einer juristischen Auslegung ergeben, Vieles dafür, bei Merkels Tat von Hochverrat zu sprechen!<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten. ...

Herausforderung für den Arbeitsmarkt

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) geht derzeit davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent." ... <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 2016 (x887/...): >>Gemetzel statt Grundgesetz

Der Islam sei verfassungsfeindlich, behauptet die AfD - Staatsrechtler und Religionswissenschaftler stimmen zu

Das Grundgesetz nimmt die Religionen in Schutz, aber wer schützt eigentlich das Grundgesetz vor der Religion? Als göttlich legitimes Rechtssystem mit totalitärem Ansatz, als hochpolitische Glaubensrichtung mit Weltherrschaftsanspruch tritt der Islam auf. Mit dem Grundgesetz vereinbar ist er in dieser Form ebensowenig wie Kommunismus oder Faschismus.

Was für ein Gesetzeswerk! "Es spiegelt den Geist deutscher Philosophie und Rechtsauffassung", schwärmt der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider. Es sei von "lakonischer Würde", lobt sein Kollege, der Verfassungsrechtler Christoph Möllers. Das Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Seine Artikel stehen über allen anderen deutschen Rechtsnormen. In ihnen sind die grundlegenden staatlichen System- und Wertentscheidungen festgelegt. Auf seiner Basis hat sich das ebenso stabile wie komplexe politische Leben in Deutschland nach brauner Diktatur und Kriegskatastrophe herausgebildet. Von einem "Leuchtfeuer der Freiheit" sprach der damalige Bundespräsident Horst Köhler 2009 zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes.

Wie aber paßt der Islam ins hochgepriesene Rechtsgefüge? Die Antwort erscheint einfach. Artikel 4 des Grundgesetzes sichert die Religionsfreiheit: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich", heißt es dort und im nächsten Satz: "Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet."

Was ein Mensch glaubt oder nicht glaubt, ist also ganz allein seine eigene Angelegenheit. Der Staat hat sich nicht darin einzumischen. Mehr noch: Er muß die Entscheidung für oder gegen eine Glaubensrichtung sogar schützen. Ohne Religionsfreiheit gibt es keine wahre Freiheit.

Was aber, wenn ein Mensch nicht nur glaubt, sondern auch gemäß seinem Glauben lebt, und wenn ihm dann eine göttliche Offenbarung Dinge vorschreibt, die im krassen Widerspruch zum Grundgesetz stehen?

Im Islam ist genau dies der Fall. Die Gewalt gegen Andersdenkende beispielsweise gehört zu den Grundlagen dieser Religion. "Als die schlimmsten Tiere gelten bei Allah diejenigen, die ungläubig sind und nicht glauben werden", heißt es in Sure 8,55. Darüber, wie mit diesen abscheulichen Geschöpfen umzugehen ist, läßt der Koran keine Zweifel. In Sure 9,5 ist zu lesen: "Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Ungläubigen, wo ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen auf!" An anderer Stelle ist von "Kopfab schlagen"

und "Gemetzel" die Rede.

Gewalt ist auch in der Ehe ein probates Mittel. "Die Männer stehen über den Frauen, und wenn ihr fürchtet, daß Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie", empfiehlt Sure 4,34.

Daß Männer und Frauen gleichberechtigt seien, wie es Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes vorsieht, muß in den Ohren eines korangläubigen Moslems so fremdartig wie das Urbi et orbi des Papstes zu Ostern klingen. Bei Zeugenaussagen vor Gericht etwa gilt das Wort eines Mannes so viel wie das zweier Frauen.

Auf westliche Leser wirken solche Feststellungen barbarisch und wie aus der Zeit gefallen. Für gläubige Moslems dagegen sind sie Gottes Wort und nicht verhandelbar. Wer daran etwas ändern will, wird in ihren Augen zum Murtad, zum Verräter und Abtrünnigen. Dafür sieht die geltende islamische Rechtsauslegung auch heute noch die Todesstrafe vor. Nicht umsonst stehen prominente Vertreter eines gemäßigten, westlich orientierten Islam unter Polizeischutz, etwa Mouhanad Khorchide, der bekannte aus Palästina stammende Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Münster.

Dabei bilden Khorchide und andere Vertreter einer flexiblen Sicht auf den Koran ohnehin nur eine Minderheit in der islamischen Gemeinschaft. Deren bedeutsamste Reformkraft ist nach wie vor der fundamentalistische Salafismus-Wahabismus. Präsent ist er nicht nur in streng religiösen Ländern wie Saudi-Arabien, sondern auch in Europa.

Als Professor Ruud Koopmanns vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung vor einigen Jahren 9.000 Personen mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund in sechs europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, nach ihren religiösen Einstellungen befragte, stieß er auf Ansichten, die ebenso aus der Zeit gefallen zu sein schienen wie die Suren des Koran.

Fast die Hälfte der Befragten befand, daß es nur eine gültige Auslegung des heiligen Buches geben könne, daß die Muslime zu den Wurzeln des Islam zurückkehren sollten und daß religiöse Gesetze über weltlichen stünden - also selbstredend auch über dem Grundgesetz.

In welcher Dimension Islam und westliche Wertevorstellungen miteinander kollidieren, zeigt auch der Blick über Europas Grenzen hinaus. 1990 trafen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OCI), um in Kairo über das Thema Menschenrechte zu debattieren.

In der OCI haben sich alle 56 Staaten zusammengeschlossen, in denen der Islam Staatsreligion oder Glauben einer bedeutenden Bevölkerungsgruppe ist. Länder wie Ägypten, die Türkei, Saudi-Arabien, aber auch Albanien gehören dazu. 45 OCI-Außenminister unterzeichneten in Kairo schließlich eine Erklärung, die den westeuropäischen Menschenrechtsbegriff, wie er etwa in Artikel 1, Absatz 2 des Grundgesetzes festgelegt ist, geradezu pervertiert. Die Scharia, das religiöse Gesetzeswerk des Islam, wird zur alleinigen Grundlage der Menschenrechte erklärt. Das heißt "Ja" zur freien Meinungsäußerung - außer man wagt es, Gott zu lästern, dann droht die Todesstrafe. Das heißt "Nein" zur Folter, außer man begeht Ehebruch, dann sind Peitschenhiebe fällig.

Im deutschen Grundgesetz aber wird weder zur Peitsche noch zum Schwert gegriffen. Kein Gesetzesbrecher muß um seine Hände, Füße oder den Kopf fürchten. Wer die Scharia befürwortet, wer den Koran als unmittelbares Gotteswort versteht, wer "Ungläubige" für Tiere hält, steht daher nicht auf dem Boden der deutschen Verfassung, auch wenn er in Berlin-Kreuzberg, Duisburg-Marxloh oder Hamburg-Wilhelmsburg seit Jahrzehnten wohnt, arbeitet und betet. Der Berliner Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider: "Der Islam ist in allen seinen Formen nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar." <<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 20. Juni 2016: >>Martin Hohmann: "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazu gehört"

Vor zwölf Jahren mußte Martin Hohmann nach einer Rede mit antisemitischen Tönen die CDU verlassen. Jetzt will er mit der AfD zurück in die Politik. ...

17 Jahre später, eine andere Partei, derselbe Mann, dieselbe Warnung: "Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, daß unser Volk schleichend ausgetauscht wird", sagt er, dieses Mal nicht vor Publikum, sondern beim Tee nahe dem Fuldaer Dom. "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt." ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. September 2016 (x892/...): >>**Der Erzbischof der Moslems**

Deutsche Bischöfe, so haben katholische Gläubige oft den Eindruck, engagieren sich deutlich stärker für Muslime als für ihre eigenen Gläubigen, als deren Hirten sie von Christus in der Nachfolge der Apostel bestellt sind. Besonders tut sich hier der Kölner Kardinal und Erzbischof hervor. Er greift jetzt die CSU an, weil diese nichts anderes tut, als das Gemeinwohl zu verteidigen, indem sie sich gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung ausspricht und bei der Aufnahme christlichen Flüchtlingen einen Vorrang einräumen will. Erzbischof Woelki verteidigt demgegenüber die Position Merkels und der "Grünen".

Zunächst muß man betonen, daß es sich für einen Erzbischof nicht geziemt, sich in parteipolitische Auseinandersetzungen einzumischen. Sodann ist es die Aufgabe eines Bischofs, daß Allgemeinwohl zu betonen und abzuwägen, was dem Allgemeinwohl dient und was diesem eher schadet. Selbstverständlich kann man darüber streiten, welche konkrete Maßnahme dem Gemeinwohl dient, denn dies läßt sich nicht einfach logisch-deduktiv aus obersten Prinzipien ableiten.

Daß aber die unkontrollierte Masseneinwanderung von zumeist gering ausgebildeten und kulturfremden Muslimen auf keinen Fall dem Gemeinwohl Deutschlands und Europas dient, ist ganz offensichtlich. Dies ist auch die Auffassung vieler europäischer Staaten, insbesondere von Staaten wie Polen oder Ungarn, in denen die christliche Religion im alltäglichen Leben eine etwas größere Bedeutung hat als in Deutschland.

Doch der Kölner Erzbischof bleibt weiterhin uneinsichtig und schwimmt auf der linken Welle der Willkommenskultur, die absolut nichts mit einer christlichen Position zu tun hat. Es ist christlich, Flüchtlingen in Deutschland, mit denen ich persönlich zu tun haben, also als Individuum oder als Familie, zu helfen, soweit ist in meinen Möglichkeiten steht und nichts zu unternehmen, was ihnen schaden kann und dies gilt unabhängig von der Religionszugehörigkeit. Allerdings ist auch hier eine Bevorzugung christlicher Flüchtlinge für einen Christen selbstverständlich.

Gesellschaftlich und politisch gibt es aber eine andere Situation, in der das Gemeinwohl des Staates der alleinige Maßstab ist. Und dieser Unterschied sollte auch dem Erzbischof aus der katholischen Soziallehre bekannt sein. Doch der linke Oberhirte aus Köln sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", daß die CSU mit einer Forderung nach Obergrenzen für Flüchtlinge oder einer Bevorzugung von Zuwanderern aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis zu noch "größerer Polarisierung" beitrage und das Geschäft der Rechtspopulisten der AfD betreibe. Womit ist zugleich eindeutige parteipolitische Prioritäten setzt.

Als katholischer Erzbischof - das muß man sich mal gedanklich vorstellen - lehnt Woelki eine Bevorzugung von christlichen Flüchtlingen ab und fordert tatsächlich die CSU zur Verfassungstreue auf. "Wenn die CSU das Grundgesetz ernst nimmt, kann sie keine Obergrenze verlangen. Das läßt das Asylrecht nicht zu. Und das Asylrecht muß bleiben, wie es ist." Woelki fordert daher, daß die "unsinnige Diskussion" aufhören.

Zu solchen völligen Desorientierungen von Bischöfen kommt es erst seit dem II. Vatikanischen Konzil. Die die dort verbreitete Irrlehre des Ökumenismus und der interreligiösen Dialogs ist die Ursache für die völlige Haltlosigkeit und subjektivistische Orientierung auch in

Fragen der Sozialethik.

Woelki sagt natürlich kein Wort zu den Gesetzesbrüchen, die Frau Merkel im Verein mit den Roten und "Grünen" bei der Öffnung der Grenzen begangen hat. Er stellt nicht einmal die Frage nach dem Gemeinwohl. Das Einzige worum es diesem Erzbischof offenbar geht, ist der Applaus der Linken. Dafür nimmt er gerne in Kauf, daß Hunderte Katholiken ihrer Kirche den Rücken kehren. Erzbischof Woelki ist offenbar überfordert, und er könnte der katholischen Kirche einen guten Dienst erweisen, wenn er zurücktritt.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 18. Oktober 2016: >>**Die Demontage des Propheten**

Neues Buch von Abdel-Samad

Seit drei Jahren lebt Hamed Abdel-Samad unter Polizeischutz - seit einem Vortrag in Kairo über sein Buch "Der islamische Faschismus". Damals riefen religiöse Prediger und Professoren zu seiner Ermordung auf. Auch aus Deutschland gab es Morddrohungen. Jetzt ist sein neues Buch erschienen, indem der Publizist mit dem Koran abrechnet.

Von Marie Wildermann

Den Treffpunkt mit Hamed Abdel-Samad gibt der Verlag erst kurz vor dem Interview bekannt. Abdel-Samads Personenschützer sind während des gesamten Gesprächs ininigem Abstand dabei. Seine persönliche Situation dürfte sich durch das neue Buch "Der Koran" noch verschärfen. Hamed Abdel-Samad:

"Die ersten Reaktionen gibt es schon, obwohl dieses Buch auch eine vernünftige Analyse ist, gilt es schon jetzt als Provokation, weil ich davon ausgehe, daß der Koran menschengemacht ist."

Koran als Spiegel menschlicher Befindlichkeiten

Denn die Verse im Koran, die sich zum Teil widersprechen, seien für ihn ein Indiz dafür, daß der Koran kein heiliger, von Gott selbst geoffenbarter Text sei, sondern ein sehr irdischer. Ein Spiegel menschlicher Befindlichkeiten und Defizite.

Abdel-Samad gibt in seinem Buch "Der Koran" zunächst einen Überblick über die Entstehungsgeschichte und das, was heute allgemeiner Konsens ist. In einem Abgleich der Koransuren mit Mohammeds biographischen Stationen stellt er dann fest, daß der Prophet immer genau das verkündet habe, was ihm in seiner jeweiligen Lebenssituation dienlich war.

Mohammed: in Mekka Religionsstifter, in Medina Armeeführer

In Mekka, wo Religionsstifter Mohammed noch schwach und seine Gemeinde klein war, und er noch nicht über eine Armee verfügte, habe er Toleranz, Nächstenliebe und Vergebung verkündet:

"Und in Medina gab's eine Armee, gab's viele Kriege, die Gemeinde Mohammeds lebte auch teilweise von diesen Kriegen, und deshalb gab's andere Töne, die den Krieg verherrlicht haben, die den Haß gegen Ungläubige, Juden und Christen zu einer heiligen Mission erhoben haben, Passagen, die den Krieg sogar zu einem Gottesdienst mystifiziert haben."

Wenn man den historischen Kontext und die Lebenssituation des Propheten berücksichtige, würden selbst Koranverse, die scheinbar friedlich und harmonisch gemeint seien, anderes preisgeben, zum Beispiel:

"Wenn sie, die Ungläubigen, zum Frieden neigen, dann sei ihm auch du zugeneigt oder schließ mit ihnen Frieden ab. Das verstehen viele Muslime als einen Aufruf zum Frieden, Imame und Dialog-Profis. Aber es gibt eine spätere Passage, die sagt: *'Und rufe nicht zum Frieden auf, wenn du die obere Hand hast.'*

Das ist ein klarer Beweis, daß es sich hier nicht um allgemeine Prinzipien von Frieden und Krieg handelt, sondern nur um strategische Optionen. Das zeigt die menschliche Dimension, das ist Pragmatismus, teilweise sogar Machiavellismus."

Zweifel unerwünscht

Um die Macht zu behalten und auszudehnen, sei Mohammed jedes Mittel recht gewesen, so Hamed Abdel-Samad. Er habe Gesetze und Moral verändert und sie als Gesetze Allahs ausgegeben. Denn das garantierte die Gefolgschaft. Denn wer kann schon Gott widersprechen? Ein Dilemma, das den Islam bis heute begleite. Unter der Prämisse, daß es Gott selbst sei, der keine Fragen dulde und keinen Zweifel zulasse, könne sich keine Kultur des kritischen Denkens entwickeln.

Das werde sich erst ändern, wenn die Koransuren nicht mehr als heilige, von Gott gegebene Texte betrachtet würden, sagt Abdel-Samad. Auch Sprache und Wortwahl mancher Koransuren seien schwer vereinbar mit Gott, dem Schöpfer des Universums:

"Sie spotten dich. Gott spottet dich. Wie spottet Gott eigentlich?"

Mohammed - kein Vorbild für die Menschen des 21. Jahrhunderts

Die Bestimmungen, die Mohammed für seine Gemeinde erlassen habe, seien für die heutige Welt nicht mehr brauchbar. Auch auf politischer und juristischer Ebene - Gesetze und Verbote zu Krieg und Frieden etwa, zum Erbrecht, zur Rolle der Frau, zur Sexualität - könnte Mohammed kein Vorbild für die Menschen des 21. Jahrhunderts sein:

"Jemand, der von Kriegen gelebt hatte, jemand, der Frauen als Kriegsbeute mißbraucht hatte, auf seine Freunde verteilt hatte, jemand, der Kinderehen eingegangen war, viele Frauen gleichzeitig geheiratet hatte, jemand, der laut seiner offiziellen Biographie Hunderte von Juden an einem Tag enthaupten ließ, die ihm ergeben waren, das ist nach unseren Kriterien heute ein Kriegsverbrechen."

Abdel-Samad demontiert Koran und den Propheten

Über gut 200 Seiten arbeitet das Buch von Hamed Abdel-Samad an der Demontage Mohammeds und des Korans. Auf viele Muslime wirkt das bedrohlich, andere finden, eine historisch-kritische Analyse sei Grundlage für eine Erneuerung.

Das, was Abdel-Samad vom Propheten übrig läßt, ist wenig: daß Mohammed ein Dichter war; daß er sich für soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat:

"Die menschliche Dimension. Das ist eine Würdigung. Das Buch faßt nicht nur diese Protokolle zusammen, sondern auch die Sehnsüchte dieser Menschen nach Erfüllung, nach Gott, nach Wahrheit, nach Gerechtigkeit."

Doch reicht das, um den historischen Titel Mohammeds als Propheten zu verteidigen?

6,6 Millionen Zuschauer im Internet

Natürlich wird Hamed Abdel-Samad auch nach diesem Buch mit Drohungen und Haßkommentaren überhäuft werden. Was ihn positiv stimme, seien die Reaktionen, die er auf seine arabischen Video-Veröffentlichungen im Internet erhalte.

6,6 Millionen vor allem junge Menschen aus der arabischen Welt hätten seine Videos bis heute gesehen, es werde lebhaft diskutiert und kommentiert und viele Menschen würden seine Kritik teilen. Er spüre bei der neuen Generation in der arabischen Welt den starken Wunsch, sich kritisch mit der eigenen Tradition auseinanderzusetzen, etwas, was er sich auch von muslimischen Funktionären und Verbänden wünsche:

"Ich erwarte von moderaten Muslimen, von moderaten Imamen, endlich mal, daß irgend jemand sagt: Es gibt bestimmte Passagen im Koran, die keine Gültigkeit mehr heute haben sollten, die gefährlich sind."

Hamed Abdel-Samad: "Der Koran. Botschaft der Liebe. Botschaft des Hasses."

Droemer Knaur Verlag, München 2016 ...<<